

Postulat Patrick Blöchlinger (SD), Förderung der Abwanderung von Ausländern (Votum vom 9. Juni 2010)

Herr Präsident
Geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen

Schon 1970 haben die Politiker das Volk hinters Licht geführt und dazu gebracht, die Schwarzenbach-Initiative knapp abzulehnen, indem sie dem Volk versprachen, den Ausländeranteil zu stabilisieren und dann langsam auf ein verträgliches Mass abzubauen. Nichts davon wurde eingehalten, alles waren brandschwarze Lügen. Die Masseneinwanderung und Übervölkerung geht bis heute – sogar in der Rezession – munter weiter, weil eine Minderheit von geldgierigen Investoren und Managern davon zu Lasten des breiten Volkes massiv profitiert. Das Resultat für unsere Stadt ist, dass die gebürtigen Schweizer vermutlich schon jetzt zur Minderheit geworden sind. Wer die Augen offen hat und sich nicht ein ideologisches Brett vor den Kopf nagelt, sieht die enormen Folgeprobleme der Masseneinwanderung z.B. im Bildungs- und im Sicherheitsbereich.

Die Masseneinwanderung hat aber auch zu einer katastrophalen Verstädterung unseres kleinen Landes geführt. Hier in Zürich hat sie vor allem zur Folge, dass trotz einer irrwitzigen Bautätigkeit und rasanten Zerstörung des Grüngürtels am Stadtrand, z.B. in Affoltern, Wohnungen immer knapp bleiben und damit immer teurer werden. Das kann nur Bodenspekulanten gefallen. Abertausende von Schweizern und bereits ansässigen Ausländern leiden unter den viel zu hohen Wohnkosten. Dass dies ein Problem ist, sehen neuerdings sogar prominente Mitglieder der Grünen ein, die sonst ein verklärt-naives Bild vom Thema „Migration“ haben. Dagegen hilft nicht die sogenannte „Integration“, die sowieso beim heutigen Zahlenverhältnis zwischen Fremden und Einheimischen unmöglich geworden ist, und auch nicht die vom Stadtrat praktizierte Masseneinbürgerung. Die Bevölkerungszahl muss langsam gesenkt werden, damit es wieder Platz zum Leben gibt.

Der einzige gangbare Weg zu diesem Ziel besteht darin, die Zuwanderung zu bremsen und die Rückwanderung von Migranten in ihre Heimatländer zu fördern. Es geht nicht darum, Ausländer wegzuweisen, was die Stadt ja auch gar nicht könnte. Es gibt aber Jahr für Jahr eine hohe Zahl von Ausländern, die von sich aus zurückwandern. Man müsste nur einmal erreichen, dass sie nicht ständig durch eine noch höhere Zahl von Neueinwanderern ersetzt wer-

den. Dann wäre schon vieles besser. Darüber hinaus wäre der Assimilationsdruck zu erhöhen. Dann würde den problematischen unter den Ausländern, nämlich jenen, die sich heute wie Kolonisatoren benehmen und hier ihre fremde Kultur einpflanzen wollen, der Aufenthalt bei uns verleiden.

Die Stadt hätte, wenn sie nur wollte, viele Instrumente in der Hand, um eine allmählichen Abbau des Ausländerbestandes und damit der Übervölkerung anzustreben. Dazu gehört, das Gesamtangebot an Wohnungen nicht weiter zu steigern, stattdessen systematisch den Anteil des nicht profitorientierten Wohnungswesens zu erhöhen und den Einheimischen konsequent den Vorrang zu geben. Vom knappen Boden sollte möglichst viel dem Gemeinwesen gehören. Man könnte endlich aktiv nach illegalen Aufenthaltern fahnden und so vermeiden, dass sie schlussendlich alle auch noch hier bleiben. Neue Arbeitsplätze zu schaffen macht nur Sinn, wenn man sie mit den bereits vorhandenen Arbeitskräften besetzen, d.h. die Arbeitslosen wieder ins Erwerbsleben integrieren kann. Genau das passiert aber nicht. Stattdessen werden massenweise Arbeitsplätze eingerichtet, die man nur mit Einwanderern überhaupt füllen kann. Es werden sogar ganze Firmen samt Belegschaft ins Land geholt. Da heisst es dann immer, unser Gemeinwesen profitiere davon, dabei wird es nur für uns alle – Schweizer und Ausländer – immer enger. Man verschweigt dem Volk auch, dass die Kosten für die zusätzlichen Infrastrukturen (z.B. im Verkehrsbereich) das zusätzliche Steueraufkommen längerfristig bei weitem übersteigen. Und davon abgesehen ist schliesslich Geld nicht alles, die Heimat ist doch wichtiger!

Besonders die Städte und Agglomerationen stehen unter einem starken Zuwanderungsdruck. Wenn sie sich endlich zusammentäten und beim Bund z.B. statt nutzlosen Integrationsprogrammen energisch die Kündigung der Personenfreizügigkeit mit ihren verheerenden Auswirkungen auf den Arbeits- und Wohnungsmarkt fordern würden, dann käme etwas in Bewegung. Nicht nur in der Schweiz, sondern auf dem ganzen Kontinent zeichnet sich ein Umdenken ab, weg von Globalisierung und internationaler Profitgier, zurück zum kleinräumigen, eigenständigen Leben und Wirtschaften freier, souveräner Völker. Die Stadt Zürich täte gut daran, die Zeichen der Zeit zu erkennen statt später zu denen zu gehören, die für ihre Kurzsichtigkeit – wie Gorbatschow einmal sagte – von der Geschichte bestraft werden. Wir Schweizer Demokraten danken Ihnen für die Überweisung unseres Postulates.